

# Malis fragiler Frieden

Trotz einer starken internationalen Präsenz leidet Mali weiterhin unter Unsicherheit und islamischem Extremismus. Diese Probleme stehen in direktem Zusammenhang mit chronischer Armut, ethnischen Spannungen und einem schwachen Staatsapparat. Die Schweiz versucht den fragilen Frieden mit breitem Engagement zur Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit zu stützen.

Von Allison Chandler  
und Benno Zogg

In Mali, einem Land ausgedehnter Wüste und Savanne in Westafrika, leben rund 18 Millionen Menschen. Es leidet an einer Reihe chronischer Probleme. Mali rangiert konstant unter den unterentwickeltesten Ländern der Welt; 90 Prozent der Bevölkerung verdienen weniger als USD 2 am Tag. Der malische Staat ist nicht in der Lage, der Bevölkerung Sicherheit und wesentliche Güter und Dienste zur Verfügung zu stellen. Es herrscht breite Ungleichheit, besonders zwischen dem Süden und dem marginalisierten Norden. Das Land leidet zudem an Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Solche anhaltenden Probleme machen selten Schlagzeilen. Erst ein gewalttätiger Aufstand im Norden und ein Coup lenkten 2012 die Aufmerksamkeit der Welt auf Malis strukturelle Probleme. Obwohl im Jahr 2015 ein Friedensabkommen geschlossen wurde, leiden die malische Bevölkerung, der Staat und seine internationalen Unterstützer weiterhin unter bewaffnetem Konflikt, ethnischen Zusammenstössen, religiösem Extremismus, organisiertem Verbrechen und Terrorismus.

Diese CSS-Analyse präsentiert eine Übersicht über die Ereignisse, die zur heutigen Lage geführt haben, und analysiert den weiter schwelenden Konflikt. Er zeigt hintergründige Probleme auf, die Entwicklung behindern, und schliesst mit einer Betrachtung des Engagements der Schweiz.



Die UNESCO-geschützte Grosse Moschee in Djenné ist eines der bedeutendsten malischen Kulturgüter. Sie steht in der zunehmend unsicheren Mopti-Region in Zentralmali. *Benno Zogg*

In Mali kommt eine breite Auswahl der Werkzeuge schweizerischen internationalen Engagements zum Zuge: Diplomatie, Unterstützung von Dialog und Versöhnung, die Entsendung von Experten in internationale Friedensmissionen, und subanzielle Entwicklungszusammenarbeit.

## Eine Geschichte von Aufständen

Überraschenderweise betrachtete die internationale Gemeinschaft Mali in den 1990er- und 2000er-Jahren als *Aid Darling*, als Lieblingsentwicklungsland, dank seines Rufs für Stabilität nach der Unab-

hängigkeit von Frankreich im Jahr 1960. Dieser Ruf war grösstenteils unverdient. Die malische Demokratie hat sich als recht stabil erwiesen, doch secessionistische Ideologie ist bei der Tuareg-Bevölkerung des Nordens weit verbreitet. Bereits vor 2012 hatte sich der Norden dreimal für einen unabhängigen Tuaregstaat «Azawad» erhoben. Dramatische Ungleichheit und kulturelle Differenzen zwischen dem spärlich besiedelten Norden und dem fruchtbaren, ressourcenreicheren Süden verstärken diese secessionistischen Tendenzen. Die Bevölkerung des Nordens besteht

## Internationale Sicherheitsakteure in Mali

**MINUSMA:** Die UNO-Friedensmission umfasst rund 16 500 Personen, meist afrikanische Truppen. Europäische Staaten, die sich sonst kaum an UNO-Missionen beteiligen, darunter Deutschland, die Niederlande und Schweden, beteiligen sich mit 1000 Blauhelmen. MINUSMA hat die zweifelhafte Ehre, die tödlichste Friedensmission der Welt zu sein. Die grosse Mehrheit der Opfer beklagen afrikanische Truppen, die nur leicht ausgerüstet sind und die riskanteren Einsätze übernehmen. MINUSMAs Hauptmandat ist die Unterstützung aller Konfliktparteien bei der Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 und die «graduelle Wiederherstellung staatlicher Autorität». MINUSMA und andere UNO-Organisationen sind beinahe die einzigen internationalen Akteure, die im Norden noch präsent sind. Sie wenden einen Grossteil ihrer Arbeit aber für Selbstschutz und Logistik auf.

**EUTM-Mali:** Die EU ist präsent in Mali, doch ihre Aktivitäten beschränken sich auf die Finanzierung und Stärkung der malischen Sicherheitskräfte im Rahmen der Trainingsmission der EU in Mali (EUTM-Mali). Zahlreiche Berichte bezeichnen die Mission als kaum effektiv.

**EUCAP Sahel:** Die EU betreibt auch eine zivile Mission, um den Sahel breit zu stärken, doch auch diese fokussiert grösstenteils die Bekämpfung von Terrorismus und Verbrechen.

**Operation Barkhane:** Die französischen Streitkräfte haben eine schlagkräftige Militärpräsenz im Sahel stationiert, von der 1000 Soldaten permanent in Mali operieren. Der Sicherheitsrat hat Frankreich beauftragt, unabhängig von MINUSMA zu agieren und die meisten Kampfeinsätze gegen bewaffnete und terroristische Gruppen zu unternehmen. Operation Barkhane ist der Nachfolger der französischen Operation Serval, die mit Beteiligung des Tschad 2012 und 2013 Gebiete von den Islamisten zurückerobert hatte.

**G5 Sahel-Truppen:** Diese transnationale Einheit soll 5000 Soldaten aus Mali, Burkina Faso, Tschad, Mauretanien und Niger umfassen und neben den Franzosen der Bedrohung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen in der Region begegnen. Die gemeinsame Einheit ist Ausdruck einer zunehmenden Erkenntnis in Westafrika, dass grenzüberschreitende Gefahren nach einer starken, koordinierten Antwort verlangen.

grösstenteils aus Nomaden und unterhält starke Handelsnetzwerke quer durch die Sahara, unabhängig von Landesgrenzen. Die Abgelegenheit nördlicher Gemeinschaften schränkte staatliche Aktivität und Kontakt mit dem Süden ein und reduzierte Ressourcen und Hilfe, die dem Norden in Zeiten von Krisen zur Verfügung standen. Not gebar eine Schmuggelwirtschaft: Handel mit subventionierten Lebensmitteln aus Libyen und Algerien, mit Zigaretten und später der Schmuggel von Migranten, Drogen und Waffen waren eine willkommen Einkommensquelle des Nordens und stärkten bewaffnete Gruppen.

Friedensabkommen, die der Bevölkerung Nordmalis grössere Autonomie und mehr Ressourcen versprochen, beendeten die Aufstände im Norden. Diese Ziele wurden nie wirklich umgesetzt. Die unerfüllten Versprechen vertieften das Misstrauen vieler Nordmalier gegenüber der Regierung. Umgekehrt befürworteten nur wenige Südmalier, dem Norden Konzessionen zu machen. Die Regierung wurde zudem beschuldigt, die politische Dezentralisierung zu missbrauchen, um favorisierte lokale Eliten zu stärken und den Norden so politisch zu spalten, statt den Geist der Friedensabkommen umzusetzen. Teile der malischen Sicherheitskräfte und der politischen Elite in der Hauptstadt Bamako profitierten von der illegalen Wirt-

schaft, was Korruptionsvorwürfe verschärfte und die Legitimität staatlicher Institutionen weiter erodierte.

Der jüngste Aufstand begann im Jahr 2012. Regionale Umstände verstärkten die Macht der Aufständischen im Vergleich zu früheren Rebellionen massiv. Nach dem Fall von Muammar Gaddafi in Libyen im Jahr 2011 kehrten ganze Regimenter schwerbewaffneter Tuaregkämpfer in ihre Heimat in Nordmali zurück und nahmen den Kampf um Selbstbestimmung wieder auf. Islamisten, die Algerien nach Ende des dortigen Bürgerkriegs 2002 vertrieben hatte und sich danach in der ganzen Sahararegion verstreuten, waren eine weitere Quelle bewaffneter und trainierter Kämpfer. Deren radikaler Islamismus war neu für Mali, wo eine grosse Mehrheit Sufismus praktiziert, eine gemässigte Version des Islams.

Im März 2012 übernahm eine Gruppe malischer Soldaten die Macht in Bamako. Sie beschuldigten den damaligen Präsidenten Amadou Toumani Touré der Korruption und des Versagens bei der Bekämpfung des Aufstands im Norden. Indes waren die verschiedenen Rebellengruppen eine lose Allianz mit islamistischen Gruppen wie Al-Kaida im islamischen Maghreb (AQMI) und Ansar Dine eingegangen. Zusammen

gelang ihnen, mehr als die Hälfte des Landes einzunehmen. Kurz darauf zerbrach das Bündnis an den divergierenden Ideologien, woraufhin grosse Städte des Nordens wie Timbuktu und Gao in den Händen extremistischer Truppen landeten.

Angesichts weiterer Angriffe in Zentralmali und Berichten über die Missstände dschihadistischer Herrschaft ersuchte die malische Regierung Frankreich um Hilfe. Französische Truppen intervenierten im Januar 2013, gefolgt von afrikanischen Truppen. Sie trieben die Islamisten in den Norden zurück, woraufhin Rebellengruppen in langwierige Friedensverhandlungen mit der Regierung eintraten. Die UNO entsandte MINUSMA, eine Friedenstruppe, und Wahlen führten zur Rückkehr einer demokratischen Regierung an die Macht. Unter grossem internationalem Druck unterschrieben im Juni 2015 die Regierung und die beiden grössten Rebellverbände – die separatistische «Koordination» und die die nationale Einheit verfechtende «Plattform» – das Algiers-Abkommen, das den Konflikt scheinbar beendete.

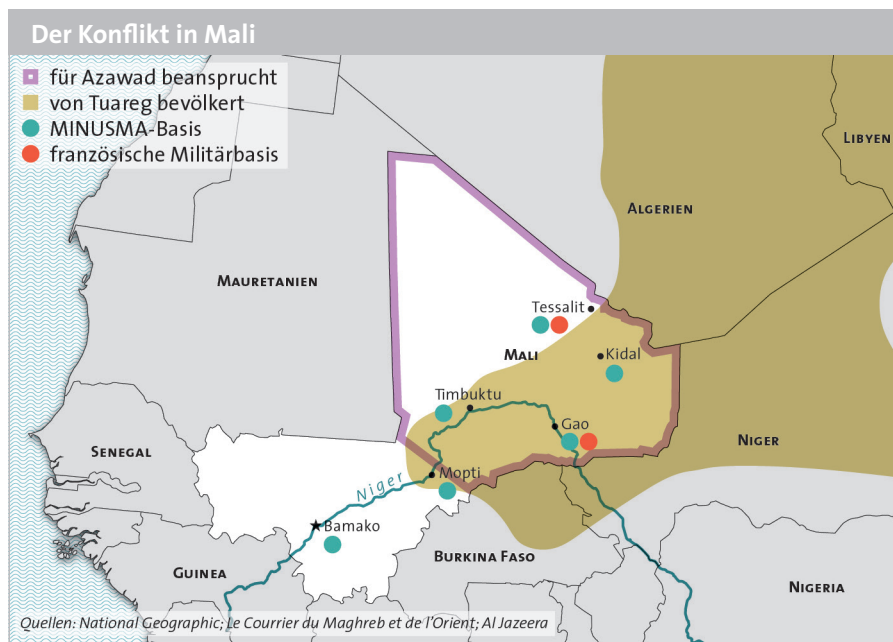
## Die Lage heute

Trotz des Friedensabkommens und substanzieller ziviler und militärischer internationaler Präsenz bleiben Fortschritte Richtung Frieden jedoch trügerisch. Mehrere bewaffnete Gruppen, besonders die extremistischen, sind nicht Teil des Friedensprozesses. Die Implementierung der ambitionierten Bestimmungen des Abkommens ist langsam und ineffektiv. Beispielsweise gelang es erst im Frühling 2017, übergangsmässig Behörden in die Regionen des

## Die Implementierung der ambitionierten Bestimmungen des Abkommens ist langsam und ineffektiv.

Nordens zu entsenden. Der Zeitplan zur Umsetzung des Abkommens wird nicht eingehalten und der Staat wird dabei als ineffektiv wahrgenommen, wie dies schon bei früheren Abkommen der Fall gewesen war. Dies unterminiert das Vertrauen in den Vertrag bei den Oppositionsparteien und in der Bevölkerung.

Ethnische Spannungen zwischen den verschiedenen Völkern Malis eskalieren regelmässig zu lokalen Konflikten, und Rassismus, besonders zwischen Norden und Süden, ist weit verbreitet. Zusätzlich bereitet die Lage in Zentralmali neue Sorgen. Die



Verbreitung von Waffen und der Rückzug des Staates im Laufe von 2012 führten zur Gründung vieler Selbstverteidigungsmilizen und zu Spannungen zwischen Viehzüchtern und traditionellen lokalen Autoritäten. Unterschwellige Beschuldigungen über Misshandlungen durch die Armee, besonders gegen nomadische ethnische Gruppen, begleiteten die letzte Rückkehr des Staates.

Im ganzen Land verüben dschihadistische Gruppen regelmässig Hinterhalte und aufsehenerregende Selbstmordanschläge. Unlängst, im Juni 2017, griffen sie eine bei Westlern beliebte Ferienanlage an. Ein schwerwiegender Angriff in einer Militärbasis in der Nähe von Gao im Januar dieses Jahres tötete 70 Kämpfer der malischen Armee, der Plattform und der Koordination, die als Teil des Friedensabkommens versammelt waren. Bislang wirkten sich die Effekte der Radikalisierung in Mali nur auf das Land selbst und unmittelbare Nachbarn aus, doch der Einfluss und die Beliebtheit dieser Gruppen ausserhalb des Friedensprozesses nehmen laufend zu. Im März 2017 schlossen sich vier der grössten Dschihadistenorganisationen zu *Jama'a Nusrat ul-Islam wal Muslimin* (JNIM) zusammen. Seit ihrer Gründung hat JNIM mehrmals Militärbasen, UNO-Lager und Bürger in ganz Mali angegriffen. Darüber hinaus nehmen militante Islamisten zunehmend religiöse und gesellschaftliche Führer in Zentralmali zur Zielscheibe, um Einfluss auf die Bevölkerung auszuüben.

Solche Angriffe, neben der Verbreitung von Banditentum und gelegentlichen ethnischen Zusammenstössen, zwangen die UNO dieses Jahr, ihre Truppen weiter südlich in die Mopti-Region zu verlegen.

Häufige Verletzungen des Waffenstillstands zwischen Gruppen, die das Algiers-Abkommen eigentlich unterzeichnet haben, führen zu weiterer Instabilität. Regierungstreue Milizen liefern sich regelmässig Schiessereien mit separatistischen Gruppen. Im September 2017 sollen sich die beiden Tuareg-Bündnisse aber in verschiedenen Punkten geeinigt haben. Die Lage bleibt dennoch unübersichtlich, weil sich Bündnisse und die Zugehörigkeit zu Gruppen – oft aus opportunistischen Gründen – ständig verschieben.

Mit Ausnahme der Städte bleibt der Norden faktisch ausserhalb der Regierungskontrolle, und seine Bevölkerung fühlt wenig Zugehörigkeit zum malischen Staat. Der informelle transsaharische Handel und organisiertes Verbrechen bleiben grösstenteils unbehindert und finanzieren die vielen bewaffneten Gruppen. Die anhaltende Vertreibung von Zivilisten infolge von Unsicherheit, die nach dem Putsch 2012 begann und sich mit der jüngsten Gewalt in bevölkerungsreicheren Regionen verschlimmerte, behindert die Entwicklung ebenfalls. Diese Massenmigration von Menschen schwächt die Kapazitäten und Ressourcen der Regierungen Malis und seiner Nachbarstaaten zusätzlich.

Die unsichere Lage, Probleme humanitären Zugangs und die mangelnde Leistungsfähigkeit des Staates erschweren internationale Entwicklungshilfe. NGOs arbeiten vornehmlich in der südlichen Hälfte Malis, was die Ungleichheit in Sachen Ressourcen und Dienstleistungen weiter akzentuiert. Wenn Programme im Norden existieren, dann fast ausschliesslich nahe des Nigerufers. Starke Urbanisierung und eine schnell wachsende jugendliche Bevölkerung – oft arbeitslos – belasten staatliche Leistungsfähigkeit. Die Projekte internationaler NGOs bezwecken üblicherweise langfristiges Wachstum; wenige engagieren sich im Wiederaufbau oder bei der mittelfristigen Konfliktstabilisierung. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sind die grössten Anliegen für Entwicklungsorganisationen, doch sie widmen viele Programme auch der Bildung, Gesundheit und der Stärkung der Rolle der Frau. Dennoch sind Entwicklungsbemühungen in Mali weiterhin chronisch unterfinanziert.

### Breites Schweizer Engagement

Das Schweizer Engagement in Mali geht gesamtheitlich Probleme von Stabilität und Frieden an. Schweizer Diplomatie spielte eine wichtige Rolle in den Frühstadien des Friedensprozesses, die massgeblich mit dem Ouagadougou-Abkommen von 2013 besiegelt wurden, bevor Algerien im Hinblick auf das Algiers-Abkommen in den Vordergrund rückte. Der Bundesrat folgte einer Anfrage der UNO nach spezialisiertem Personal für MINUSMA im Jahr 2013, als der Konflikt in Mali noch in vollem Gang war. 14 Schweizer sind in internationale Missionen in Mali entsandt, was Mali bereits zum zweitgrössten Schweizer Einsatz ausserhalb Europas macht. Die Schweizer Armee stellt gegenwärtig sieben Staboffiziere, Nachrichtendienstanalysten und Minenräumungsspezialisten, während das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zwei Polizeibeamte nach Mali entsandt hat. Die Schweiz beteiligt sich darüber hinaus mit einem zivilen Polizeiexperten an EUCAP Sahel und mit einem Experten an der *Ecole de Maintien de la Paix* in Bamako. Die Abteilung Menschliche Sicherheit des EDA fördert Konfliktprävention und –transformation in der ganzen Region. Sie unterstützte beispielsweise das Mediationsmandat von Burkina Faso und entsandte einen Berater für menschliche Sicherheit nach Mali. Die Schweiz berät zudem Institutionen zur Vergangenheitsbewältigung, um Dialog und Versöhnung zu stärken, wie dies das Algiers-Abkommen vorsieht. Deren Ar-

beit wird durch mangelnden politischen Willen und anhaltende Unsicherheit jedoch stark eingeschränkt.

Als eines der Schwerpunktländer der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) für bilaterale Zusammenarbeit erhält Mali seit 40 Jahren Schweizer Entwicklungshilfe. Die DEZA ist stolz, konstant in Mali aktiv gewesen zu sein. Sie passte während der Krise 2012 ihre Entwicklungsprogramme an und stockte humanitäre Hilfe auf, während sich andere Entwicklungsaktoren ganz aus Mali zurückzogen. Die Schweiz erhöhte ihre Beiträge im Laufe der Krise von zuvor etwa 20 Millionen auf derzeit etwa USD 30 Millionen pro Jahr. Die DEZA musste jedoch die meisten Entwicklungsprojekte in den umkämpften Regionen Gao und Kidal aufgeben. Die DEZA bleibt in der nördlichen Region Timbuktu und in Mopti in Zentralmali aktiv, die beide als höchst unsicher gelten. Die Schweizer Beteiligung am Wiederaufbau der UNESCO-geschützten Moschee in Timbuktu, die Islamisten zerstört hatten, war besonders symbolträchtig.

Das Engagement der Schweiz verlief nicht ohne Rückschläge. 1994 wurde der damalige DEZA-Chef in Mali, Jean-Claude Berberat, ermordet. Ein malisches Gericht beschuldigte eine Patrouille der malischen Armee der Tat. Berberat soll angegriffen worden sein, weil er angeblich den Tuareg zu nahe stand und deswegen der Unterstützung des Sezessionismus bezichtigt wurde. Die Schweiz hat dies stets bestritten. Sie unterhielt aber Kontakte zu nicht-radikalen Teilen der Bewegung für die Befreiung von Azawad (MNLA), der grössten separatistischen bewaffneten Gruppe. Als Antwort auf die Ermordung stellte die Schweiz alle Unterstützung für die malische Regierung ein und zog sich aus Nordmali zurück. Die malische Regierung blockierte während vieler Jahre Nachforschungen und entschuldigte sich erst 2001 für ihre Handhabung der Angelegenheit. Ähnliche Beschuldigungen gegen die Schweiz tauchten 2012 wieder auf, als malische Medien berichteten, wie das EDA ein Treffen der MNLA-Führung in Burkina Faso logis-

tisch unterstützt hatte. In der Vergangenheit hatten sowohl die MNLA wie die malische Regierung die Schweiz mehrfach um Vermittlung angerufen. Aktuell unternimmt die Schweiz in diesem Kontext aber keine Mediation mehr.

Um ihre Anstrengungen besser zu koordinieren treffen sich alle in Mali aktiven Schweizer Behörden departementsübergreifend seit 2012 zweimal pro Jahr im Rahmen des «Sahelkomitees». Angesichts

## Unsicherheit und Unterentwicklung in Mali beeinflussen die ganze Sahelregion, und ihre Stabilisierung ist im besten Interesse Europas und der Schweiz.

der unterschiedlichen Aktivitäten und Ansätzen ist eine breite Konzertierung schwierig zu erreichen. Das Komitee konnte aber gewisse thematische Schwerpunkte setzen.

Insgesamt scheint das Schweizer Engagement in Mali viele Anforderungen zu erfüllen. Es ist langfristig orientiert und befasst sich mit Malis strukturellen Problemen, indem es Dialog, Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung stärkt und Dezentralisierung, staatliche Leistungsfähigkeit, Wasserversorgung, Berufsbildung, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit im ganzen Land unterstützt. Es strebt nach Flexibilität, Konfliktsensitivität und Koordination aller Aktivitäten der Schweiz im Land und im ganzen Sahel.

### Malis Weg nach vorn

Wenn diese Prinzipien schweizerischen Engagements gut umgesetzt werden, wird dies für Mali und die Schweiz vorteilhaft sein. Letztlich beeinflussen Unsicherheit und Unterentwicklung in Mali die ganze Sahelregion, und ihre Stabilisierung ist im besten Interesse Europas und der Schweiz, um die Verbreitung von gewalttätigem Extremismus, illegalem Handel und Migration einzudämmen. Die Präsenz solcher Faktoren in Mali half, viele europäische Staaten wieder in UNO-Friedensförderung einzubinden, und die Schweiz versucht diese Bemühungen mit spezifischer Expertise zu unterstützen. Die Nachfrage nach interna-

tionaler Unterstützung und Zusammenarbeit in Mali wird noch jahrzehntelang hoch bleiben. Mali leidet weiterhin an einem akuten Mangel an Leistungsfähigkeiten in allen Bereichen, von Regierungsführung zu Finanzierung und menschlicher Sicherheit. Hochrangiges Engagement von Akteuren wie der UNO und der EU konzentriert sich vornehmlich auf die militärische Leistungsfähigkeit und Terrorismusbekämpfung. Diese werden, obwohl unmittelbar bedeutsam, längerfristig behindert, wenn ein umfassender Übergang und angemessene Massnahmen zur Prävention von gewalttätigem Extremismus nicht effektiv umgesetzt werden. Die internationale Finanzierung von Bemühungen für Frieden und Versöhnung ist nach der Unterzeichnung des Algiers-Abkommens 2015 dramatisch reduziert worden. Umfassende Stabilisierungsbemühungen können nicht beendet werden, sobald die Tinte auf einem Friedensvertrag trocken ist. NGOs und die Zivilgesellschaft bemühen sich um langfristige Entwicklungsprojekte wie die Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität, um Ernährungsunsicherheit zu bekämpfen. In Kontexten wie Mali muss internationales Engagement aller Akteure eine starke Verbindung zwischen unmittelbaren und langfristigen Bemühungen bilden. Verstärkte Anstrengungen für dauerhafte Reformen zur Stärkung von Regierungsführung und eine effektive Sicherheitssektore reform können diese Lücke schliessen helfen. Alle internationalen Akteure, auch die Schweiz, müssen das richtige moralische und finanzielle Gleichgewicht finden zwischen wirkungsvollen kurzfristigen Projekten und langfristigen, umfassenden Entwicklungsanstrengungen, um einen bedeutsamen Wandel zu erreichen.

**Allison Chandler** unternahm im Sommer 2016 für Mercy Corps in Mali Feldforschung zur Beteiligung Jugendlicher am Konflikt. Sie verfolgt ein Doktorat zur Gouvernanz von Rebellengruppen an der Universität Kopenhagen.

**Benno Zogg** ist Forscher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Er befasst sich mit Sicherheit, Entwicklung und organisiertem Verbrechen in fragilen Kontexten und mit dem postsowjetischen Raum.

Die CSS Analysen zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri  
Lektorat: Christian Nünlist  
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni  
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Bezug und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**Der Strafgerichtshof im Kreuzverhör** Nr. 214  
**NATO: Die Grenzen für Resilienz erweitern** Nr. 213  
**Die Regierung Trump und die Grand Strategy der USA** Nr. 212  
**Mediation in bewaffneten Konflikten** Nr. 211  
**Der schwierige Umgang mit Dschihad-Rückkehrern** Nr. 210  
**Algerien: Stabilität trotz aller Widersprüche** Nr. 209